

Unsere Stellungnahme v. 10.10. (Weiterleitung u.a. an Presse, SPD, Bündnis 90/Die Grünen):

## **„Gegen den völkerrechtswidrigen Angriff der Türkei auf nordsyrisches Gebiet – für Maßnahmen zur Friedenssicherung in der Region und weltweit**

Mit Erschrecken, Zorn und Abscheu nehmen wir wahr, wie die skrupellos vorgetragene Militärintervention des türkischen Machthabers Erdogan die Situation der Menschen im syrischen Hoheitsgebiet weiter dramatisch verschlechtert. Das unter Bruch des Völkerrechts ausgegebene Ziel, mehrheitlich von kurdischer Bevölkerung bewohntes nordsyrisches Grenzgebiet militärisch zu erobern und türkischer Kontrolle zu unterstellen, folgt dem Kalkül einer verantwortungslosen Politik, die vor der Lüge nicht zurückschreckt, es handle sich um eine Notwehrmaßnahme zur „Abwehr akuter Terrorgefahr“.

Die türkischen Truppen sollen syrisches Gebiet von der Größe Schleswig-Holsteins erobern, um der Türkei die Möglichkeit zu öffnen, dorthin massenweise Flüchtlinge abzuschieben, die als Opfer des Syrienkrieges auch in die Türkei geflohen waren.

Gleichzeitig werden die Angehörigen der kurdischen Bevölkerung aus diesem Teil Syriens vertreiben. Wieder wird massenhaft namenloses Leid ausgelöst, das notwendig weiteres Leid nach sich zieht, und es wird die Lage des vom Krieg geschüttelten Landes weiter destabilisieren sowie die Terrorgefahr erhöhen.

Es ist allerdings nicht so, dass wir hier unbeteiligt wären an dieser für die Menschen dort als Katastrophe erlebten Situation! Der Türkei-Besuch des deutschen Innenministers Seehofer in der vergangenen Woche ließ erkennen, dass es der EU und speziell der Bundesrepublik darum geht, die Türkei zu veranlassen, die aus den Kriegen geflüchteten Menschen davon abzuhalten, sich schutzsuchend in die Länder Europas zu bewegen. Dafür sind die EU und auch die USA offenbar bereit zuzulassen, dass grenznahe Gebiete in Syrien mit militärischer Gewalt „frei gemacht“ werden für einen siedlungspolitischen Deal. Die Millionen aus dem Syrienkrieg Geflohenen leben nicht freiwillig in der Türkei, sie werden auch nicht freiwillig in einem eroberten Land leben, die Angehörigen der kurdischen Minderheit in Syrien werden ebenso wenig ihren Status als Verschiebemasse akzeptieren.

### **Die Friedensbewegung ruft die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien auf:**

Protestieren Sie gegen den völkerrechtswidrigen Angriff auf Nordsyrien!

Lassen Sie keine Unterstützung des türkischen Angriffs auf Nordsyrien zu!

### **Machen Sie Ernst mit einer Politik, die die tatsächlichen Ursachen der Krieg und Terror, Verwüstungen, Flucht und Vertreibungen beseitigt:**

Sorgen sie für eine Politik, die den Ländern der Region faire Bedingungen und nachhaltige Entwicklungschancen sichert, anstatt den Wettbewerb um Ressourcengewinnung zu den profitabelsten Bedingungen weiter anzufeuern!

Beenden Sie jegliches militärische Engagement der Bundesrepublik und mobilisieren Sie alle Mittel für zivile Sicherheitskonzepte!

Stoppen Sie unverzüglich alle Waffenexporte!

Verabschieden Sie sich vom Aufrüstungswahn, annullieren Sie die Zusage gegenüber der Nato, die Militärausgaben auf 2% des Bruttoinlandsprodukts zu steigern!

Für uns bleibt unverändert die Erkenntnis als Aufgabe der Friedensbewegung:  
**Abrüsten statt Aufrüsten - Sicherheitspolitik neu konzipieren!**

*Bündnis Nein zum Krieg, Marburg, den 10.10 2019“*